

affäre geschrieben hatte. Dessen weigerte sich der Pfiffikus, und die Königin klagte, daß sie eine Schlange an ihrem Busen genährt habe. Trotzdem oder vielleicht auch eben deshalb machte Nagler eine glänzende Karriere im preußischen Staate; er wurde später preußischer Gesandter am Bundestag in Frankfurt a. M. und einer der ruchlosesten Demagogenverfolger, dazu aber preußischer Generalpostmeister, als welcher er den Massenbriefdiebstahl in so raffiniert-spitzbübischer Weise organisierte, wie das nirgend sonst je erhört worden war.

Sieht man von diesen Briefen der Königin ab, so liegt die damalige höfische Intrige in den Briefen und Denkwürdigkeiten Steins und Schöns, Boyens und Scharnhorsts klar vor, und man kann sich danach ein lebhaftes Bild davon machen, wie es bei solchen staatsretterischen Aktionen hergeht. Das ist immerhin ein gewisser Ersatz für die Unkenntnis der höfischen Intrige, die nach den Andeutungen der bürgerlichen und selbst der offiziellen Presse sich gegenwärtig am preußischen Hofe abspielen sollen. Natürlich wiederholen sich die Dinge niemals genau so; wir haben keine „Nationalheilige“, wie die Königin Luise, auch wäre in Petersburg gegenwärtig verzweifelt wenig Erquickung und Trost zu holen, und vor allem, wir haben keinen Stein, der gestürzt werden kann.

Indessen alles das ist nicht entscheidend, und am wenigsten der letzte Punkt. Bülow ist gewiß kein Stein, aber bei seinen bescheidenen Mitteln muß sich der Block daran genügen lassen, wie jene Dorfkomödianten, den Hamlet ohne Selben zu spielen.

Ab Abschaffung aller indirekten Steuern.

Von Hans Schiller (Gemeindebevollmächtigter in Struth).

Je mehr es unserer Partei gelingt, in gesetzgebende Körperschaften einzudringen, desto mehr zeigt es sich, daß auch wir nicht umhin können, wenn wirklich praktische Arbeit geleistet werden soll, den bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen. Gar manchnal fühlt der zu solchen Arbeiten Berufene, daß er sich mit dem Parteiprogramm in Widerspruch setzt, wenn er der nach seiner Auffassung richtigen Meinung Ausdruck verleiht, und auch umgekehrt, daß er gegen seine wirkliche Meinung verstößt, wenn er in einzelnen Punkten starr nach unserem Programm sich verhält. Die Diskussionen über die „Budgetbewilligung“ zeigten recht deutlich, daß man überzeugter Sozialdemokrat sein kann und sich doch anders verhalten muß, als wie uns Parteitage und Parteiprogramm vorschreiben. Aber diese Budgetbewilligungen sollen nicht Gegenstand dieser Besprechung sein, sondern es sollte dadurch nur wieder nachgewiesen werden, daß Theorie und Praxis sehr oft zweierlei Dinge sind.

Ein anderer Teil unseres Programms ist es, der wohl auch als spruchrett betrachtet werden kann und dem diese Zeilen gelten sollen, das ist: Abschaffung aller indirekten Steuern.

Als dieser Satz mit in unser Programm aufgenommen wurde, wird man wohl die indirekten Steuern des Reiches im Auge gehabt haben, deren enorm hohe Sätze schon früher bestanden und durch den neuen Zolltarif von 1902 noch weiter beträchtlich erhöht wurden. Mit Recht hat die Sozialdemokratie dahin zu wirken, daß diese indirekten Reichssteuern abgeschafft würden, die Rückwirkung würde sich sehr bald bemerkbar machen. Die vorhandene Konkurrenz, ganz besonders in der Lebensmittelbranche, würde dafür sorgen, daß, wenn auch nicht der gesamte Zoll-

nachlaß, so doch ein sehr erheblicher Teil dem Konsumenten zugute käme, und ganz besonders den Konsumgenossenschaften würde hier die Aufgabe zufallen, preisregulierend zu wirken. Auch bei Neueinführung indirekter Steuern in Staat wie in Gemeinde müssen wir unbedingt gegen solche Stellung nehmen, worüber man aber an dieser Stelle selbstverständlich kein Wort zu verlieren braucht. Nur um Mißverständnissen vorzubeugen, sei es hier angeführt.

Wie aber steht es mit der Abschaffung aller indirekten Steuern in den Gemeinden? Bisher haben alle Genossen, die in Gemeinden mitzuraten haben, stets gegen die Weitererhebung indirekter Steuern gestimmt. Wird sich dies aber auch für die Folge weiter durchführen lassen? Der Praktiker muß dies verneinen. Bei den indirekten Reichssteuern ist das Pfund immer mit ganzen Pfennigen belastet, zum Beispiel das Fleisch mit 22,5 Pfennig, Kaffee mit 20 Pfennig, Speck mit 18 Pfennig, Schmalz mit 6 Pfennig, Zucker mit 7 Pfennig, das Äter Petroleum mit 6 Pfennig. Die Aufhebung solcher Steuern müßte, wie schon oben erwähnt, unbedingt vom Konsumenten gespürt werden. Dagegen kommt bei den indirekten Steuern in den Gemeinden zum weitaus größten Teile immer nur ein Bruchteil eines Pfennigs in Betracht. Da erhebt eine Gemeinde zum Beispiel für einen Ochsen 3,85 Mark, für einen Stier oder eine Kuh 1,70 Mark, für ein Schwein 43 Pfennig, für einen Zentner Fleisch 65 Pfennig, für einen Zentner Mehl 65 Pfennig, für einen Zentner Brot 70 Pfennig, für ein Hektoliter Bier 65 Pfennig.

Auch nicht ein Artikel ist dabei, wo das Pfund mit einem vollen Pfennig betroffen würde. Angenommen nun, unsere Partei würde in einer Gemeinde, in der solche Sätze bestehen, die Mehrheit im Gemeindeparlament haben. Auf Grund unseres Programms dürfen die Genossen nicht für die Weitererhebung dieser Abgaben stimmen. Die Folge davon ist, daß der Ausfall durch die Gemeindeumlagen gedeckt werden muß.

Nehmen wir an, die Gemeinde rechne mit einem Staatssteuerfoll von 750 000 Mark, der Ausfall betrüge aber, wie bei einem vorliegenden Haushaltungsbudget, nur für

Getreide-, Mehl-, Brotausschlag	95 000 Mark
Malz- und Bierausschlag	80 000 =

Zusammen 175 000 Mark

Der Ausfall dieser indirekten Steuern würde also einer Erhöhung der direkten Gemeindesteuer um rund 23 Prozent gleichkommen. Da dies aber nur der Ausfall von zwei indirekten Steuern ist, so kann ruhig berechnet werden, daß bei Aufhebung aller indirekten Gemeindesteuern ein Defizit von 50 Prozent entsteht. Rechnet man die Veranlagung eines Arbeiters zur Einkommensteuer im Durchschnitt mit 4 Mark, so wird dies eine Erhöhung der Gemeindeumlagen um 2 Mark pro Jahr bedeuten.

Hat nun aber der Konsument bei der Einführung obenerwähnter Verbrauchsabgaben sicherlich jeden halben Pfennig dem Zwischenhändler mit einem ganzen Pfennig bezahlen müssen, so wird er unter den gleichen Verhältnissen bei der Aufhebung weder beim Mehl oder Brot, noch bei Fleisch oder Bier auch nur einen Pfennig weniger bezahlen dürfen. Es wird im Gegenteil etwas eintreten, was wir auf keinen Fall wünschen können, der Zwischenhändler, der schon bei der Einführung der indirekten Steuer anstatt 0,65 Pfennig vom Konsumenten 1 Pfennig, also 0,35 Pfennig mehr abverlangt hat, wird bei der Abschaffung diese 0,65 Pfennig noch dazu in die Tasche stecken und jedem ganz einleuchtend erklären, daß er doch bei einer Einsparung von 0,65 Pfennig nicht um 1 Pfennig billiger verkaufen könne. Den ganzen Ausfall, den der Arbeiter mit 2 Mark pro Jahr im angezogenen Falle mitdecken muß, steckt der Zwischenhandel in die Tasche. Daß unter solchen Umständen der Satz in unserem Programm mit der Übertragung auf die Gemeinden richtig ist, dürfte dem größten Teile der Arbeiterschaft wohl schwerlich begreiflich gemacht werden können. Es könnte hier höchstens eingeworfen werden, daß, wie es zum Beispiel im bayerischen Gemeindevahlprogramm, Absatz 6, heißt, durch Ein-

richtung von gemeindlichen Schlächtereien, Bäckereien usw. ein Ausgleich geschaffen werden könne. Auch dieser Einwurf kann nur einen problematischen Wert haben. Sicher würden solche Einrichtungen dazu beitragen, daß genannte Produkte billiger würden, und zwar dadurch, daß durch größeren Einkauf, rationelleren Betrieb infolge Einführung von Maschinen, größeren Umsatz usw. Verbilligung herbeigeführt werden könnte, aber eine Verbilligung auf Grund der Abschaffung indirekter Steuern könnte auch bei diesen Einrichtungen nur bei Abnahme größerer Quantitäten durchgeführt werden, und die Arbeiterschaft im allgemeinen würde keinen fühlbaren pekuniären Vorteil haben.

Dann noch eins. Gelegentlich der Annahme des neuen Zolltarifs im Reichstag wurde auch beschlossen, ab 1910 alle indirekten Abgaben in den Gemeinden zu beseitigen. Sollten wirklich die bürgerlichen Parteien, welche diesem Verbot ihre Zustimmung mit gaben, nur für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung und nicht in erster Linie für die Taschen des notleidenden Mittelstandes besorgt gewesen sein? Kann dieses Verbot nicht vielmehr als eine Liebesgabe an den Mittelstand in Stadt und Land betrachtet werden, als Äquivalent dafür, daß ja auch dieser durch den neuen Zolltarif mitgetroffen wird? Auf der einen Seite die Bewilligung ganz horrender indirekter Steuern für das Reich, auf der anderen Seite als Palliativmittelchen das Verbot der Erhebung indirekter Steuern in den Gemeinden, so wird die Arbeiterschaft mit doppelten Nuten geschlagen. Wenn unsere Abgeordneten dem letzteren Beschluß zustimmten, waren sie dabei sicherlich von dem besten Gedanken beseelt, ob es aber richtig war, wird erst die Zukunft lehren.

Sehr erwünscht wäre es, wenn diese Ausführungen eine Diskussion hervorrufen würden, insbesondere unter den Genossen, welche in den Gemeinden mit tätig sind, denn eine Änderung dieses Programmpunktes dürfte sehr notwendig sein.

Die indirekten Steuern in der Gemeinde.

Von K. Kautsky.

Der Genosse Schiller schloß mit dem Wunsche, seine Ausführungen über die Abschaffung der indirekten Steuern möchten eine Diskussion hervorrufen, an der sich namentlich die Praktiker in den Gemeindevertretungen zu beteiligen hätten. Ich schließe mich dem Wunsche an, halte es aber nicht für überflüssig, als Einleitung der Diskussion den Ausführungen des Praktikers gleich einige eines Theoretikers folgen zu lassen.

Vor allem möchte ich der Freude darüber Ausdruck geben, daß Genosse Schiller mit der Erhebung seiner Bedenken gegen unser Programm den richtigen Weg gewählt hat. Statt einfach den Parteitagbeschuß zu übertreten, bringt er seine Auffassung in dem Parteiorgan zur Diskussion, das für solche Erörterungen eigens bestimmt ist.

Und es sind keine leeren Bedenken, die er äußert. Die Schwierigkeiten, die er hervorhebt, bestehen wirklich, und es genügt nicht ein bloßer Hinweis auf unser Programm, um sie aus der Welt zu schaffen. Damit soll aber nicht zugegeben sein, daß ein Gegensatz zwischen unserem Programm oder den Forderungen unserer Theorie und der Praxis, das heißt den Forderungen der Wirklichkeit besteht.

Bestände ein solcher Gegensatz, dann wären allerdings Programm und Theorie entsprechend zu ändern und durch eine bessere Theorie, ein besseres Programm zu ersetzen. Das ist der einzige zweckmäßige Weg, der einzuschlagen ist, wo Theorie und Wirklichkeit miteinander nicht stimmen. Dagegen wäre es verhängnisvoll, aus einem derartigen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis einfach zu folgern, jede Theorie sei unnütz, kein Programm bindend, den Praktikern müsse freie Hand gegeben werden, sie brauchten sich um Theorien und Parteitagbeschlüsse nicht zu